

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt
Wirtz, Stefan**

17-03861
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Kindergeld für Flüchtlinge

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

08.02.2017

Beratungsfolge:

Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)

21.02.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Wie viele der sogenannten Flüchtlinge, die im Jobcenter gemeldet sind, beziehen Kindergeld für im Ausland lebende Kinder?

Wie wird sichergestellt, dass die sogenannten Flüchtlinge, auch tatsächlich Kinder im Ausland haben und es sich um ihre – von ihnen ausgegebene - Kinder handelt?

Welche Papiere liegen vor, welche Dokumente oder Beglaubigungen werden eingeholt?

Begründung:

Wird ähnlich der Mehrfach-Auszahlungen von Sozialleistungen an sog. Flüchtlinge, die allein in Braunschweig und Niedersachsen einen Millionenschaden verursachten, verfahren, droht der nächste (uneinholbare) Millionenschaden zu Lasten der Braunschweiger Bürger.

Allein in Niedersachsen werden 300 Personen verdächtigt. Pro Person unterschlagen sie im Schnitt 10.000 Euro. In Niedersachsen wohnt etwa ein Zehntel der Bevölkerung Deutschlands. Unter dieser Voraussetzung kann eine zehnfach höhere Dunkelziffer angenommen werden.

Anlagen: